

Trotz Ypsilantis Scheitern – die SPD setzt weiter auf rot-rote Koalition!

Am 6. November, drei Tage nachdem Frau Ypsilantis Plan, sich in Hessen mit den Stimmen der Linken zur Ministerpräsidentin einer rot-grünen Minderheitsregierung wählen zu lassen, gescheitert war, zogen die Landesvorsitzenden der SPD in Düsseldorf die Konsequenzen aus dem hessischen Debakel.

Trotz Hessen: Weiter so mit der Linken!

Die Entscheidung war eindeutig: Auch künftig werde von der SPD in den Bundesländern Ypsilantis Kurs fortgesetzt. So erklärten es der SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Peter Struck, und die NRW-Landesvorsitzende Hannelore Kraft ausdrücklich auf einer Pressekonferenz. Struck wiederholte die Position der neuen Führungsspitze, auf Bundesebene werde es weder eine Koalition noch eine Tolerierung durch die Linke 2009 geben. Im Gleichklang mit Parteichef Franz Müntefering betonte er, die außenpolitische Programmatik der Linken verbiete derzeit eine Kooperation. Die Frankfurter Rundschau hob in ihrem Bericht über das Düs-

seldorfer Treffen hervor, Struck und Kraft hätten auf der anschließenden Pressekonferenz „nicht freiwillig über die SPD und die Linke reden“ wollen.

Die Wahlkämpfe des Jahres 2009 werfen ihre langen Schatten voraus

Das gescheiterte Unternehmen einer rot-grünen Minderheitsregierung in Hessen, die von der Linken toleriert wird, bewegt die Öffentlichkeit. Es geht vor allem um den für die Glaubwürdigkeit der SPD zentralen Vorwurf des „Wortbruchs“, den Andrea Ypsilanti begangen hat. Vor der Landtagswahl 2008 hat die SPD-Spitzenkandidatin versprochen, mit ihr werde es keine Koalition mit der Linken oder eine Tolerierung durch sie geben. Auch dieser Belastung sozialdemokratischer Glaubwürdigkeit sollte in Düsseldorf entgegengetreten werden. Welchen Stellenwert dieser „Wortbruch“ für die SPD-Führung und für ihre innerparteiliche Diskussion haben muss, zeigt der ARD-

Deutschlandtrend vom 6. November 2008. Die ARD hat gefragt, ob die Absage der SPD an eine Koalition mit der Linken glaubwürdig sei. 36 Prozent aller Befragten bejahten diese Frage, 59 Prozent verneinten sie. Bei den Anhängern der CDU war das Verhältnis 36 zu 61 Prozent, unter denen der SPD hielten 52 Prozent die Absage für glaubhaft, 48 Prozent taten das nicht..

Gestützt auf das Votum der Landesvorsitzenden zogen auch Frau Ypsilanti und der Parteirat der hessischen SPD Konsequenzen. Zwar verzichtete sie auf die Spitzenkandidatur ihrer Partei für die vorgezogene Landtagswahl am 18. Januar 2009, den Vorsitz in Partei und Fraktion dagegen ließ sie sich nicht nehmen. Stattdessen wird der weithin unbekannt Landtagsabgeordnete Thorsten Schäfer-Gümbel die SPD in den Wahlkampf führen. Ypsilanti stellte ihn der Presse mit den Worten vor: „Der Thorsten hat jetzt die schwierige Aufgabe - ich bin sicher, er kann das.“ Er gilt als enger Vertrauter der Parteivorsitzenden. Auf die in der Öffentlichkeit geäußerten Zweifel an seiner Eigenständigkeit, antwortete er mit der Versicherung:

„Ich beabsichtige, meine eigenen Fußstapfen zu hinterlassen“. Der Kandidat zeigte das auch vom Parteivorsitzenden Müntefering geforderte Selbstvertrauen in einen Neuanfang: „Ich bin der Kandidat der nächsten Generation und damit der Kandidat fürs Durchstarten und für den nächsten Anlauf, Roland Koch abzulösen.“

Ypsilanti hat selbstkritisch zugestanden, es sei im Wahlkampf 2008 ein Fehler gewesen, „so konsequent auszuschließen, dass wir mit der Linkspartei zusammen arbeiten können“. Der Spitzenkandidat zitierte in dieser Frage James Bond: „Sage niemals nie.“

Die SPD verlor keine Zeit, sich mit Ypsilantis Scheitern zu beschäftigen, galt es doch, durch Aktion den die Partei lähmenden Schock zu überwinden, der sie am 3. November in Wiesbaden traf, als vier SPD-Abgeordnete den „hessischen Politikwechsel“ stoppten.

Koch muss weg!

Angefangen hatte das Desaster der hessischen SPD mit dem verfehlten Wahlsieg im Januar 2008.

Die zentrale Wahlkampfparole der drei linken Parteien in diesem Wahlkampf war einfach und klar: Koch muss weg! Es war ein negatives

Ziel, das SPD, die Grünen und die erstmals erfolgreich um den Einzug in den Landtag kämpfende Linke einte. Welche Rolle dabei auch persönliche Beziehungen zwischen den drei Spitzenkandidaten Andrea Ypsilanti, Tarek Al-Wazir und Willi van Ooyen gespielt haben, lässt sich schwer einschätzen. Immerhin vertraute van Ooyen der Wochenzeitung Die Zeit an, dass er „den Tarek“, gemeint war Tarek Al-Wazir, schon lange kenne, mit Andrea Ypsilanti habe er schon als Geschäftsführer der - von der SED finanzierten - Deutschen Friedens Union (DFU) in Hessen „vor 25 Jahren Friedensarbeit gemacht“.

Das war damals die Kampagne gegen den NATO-Doppelbeschluss, den das Bündnis nicht zuletzt auf Betreiben von Bundeskanzler Helmut Schmidt fasste, um im ersten Schritt zu versuchen, die Vorrüstung der Sowjetunion im Bereich der Mittelstreckenraketen durch Verhandlungen zu beseitigen und im zweiten Schritt, sollten diese Verhandlungen ergebnislos verlaufen, amerikanische Systeme in der Bundesrepublik zu stationieren.

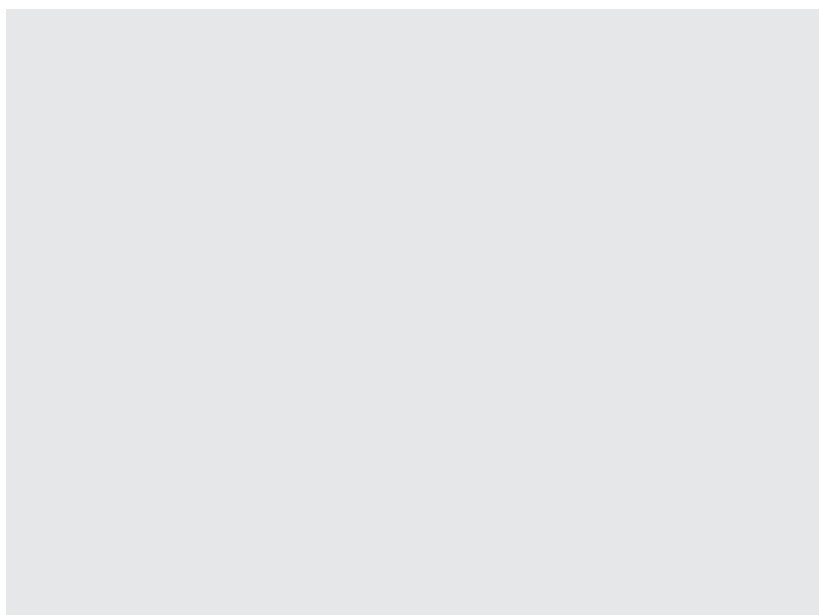
Die DFU sollte zusammen mit der DKP im Auftrag der SED dazu beitragen, ein politisches Klima in der Bundesrepublik herbeizuführen, das die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen als Antwort auf die sowjetische Vorrüstung 1983 unmöglich machen sollte. Van Ooyens Worte legen den Gedanken an ein Generationsprojekt der Friedensaktivisten unterschiedlicher Parteien unter der Losung „Politikwechsel in Hessen“ nahe. Das würde bei Ypsilanti die ideologische Härte erklären, mit der

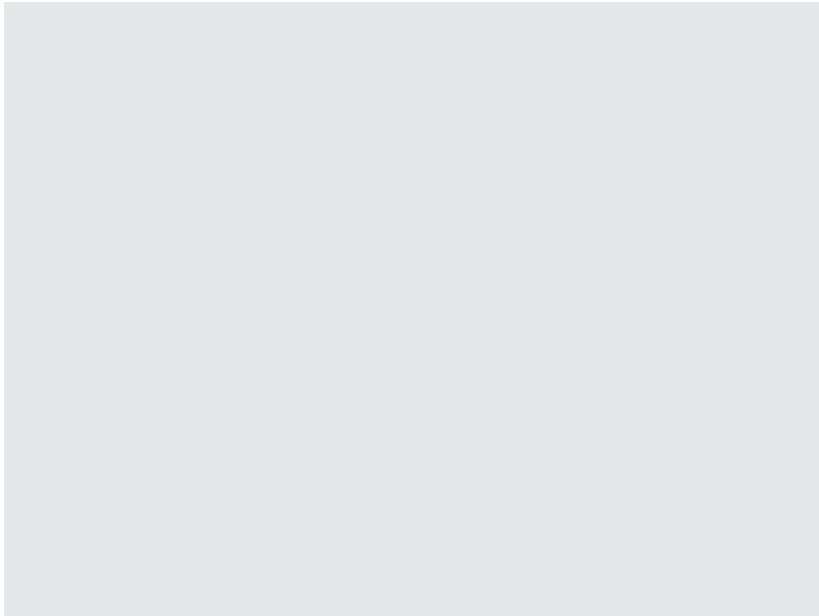


Manfred Wilke

Historiker,
ehemaliger Leiter
Forschungsverbund SED
an der FU Berlin

Hier steht
eine Bildunterschrift.



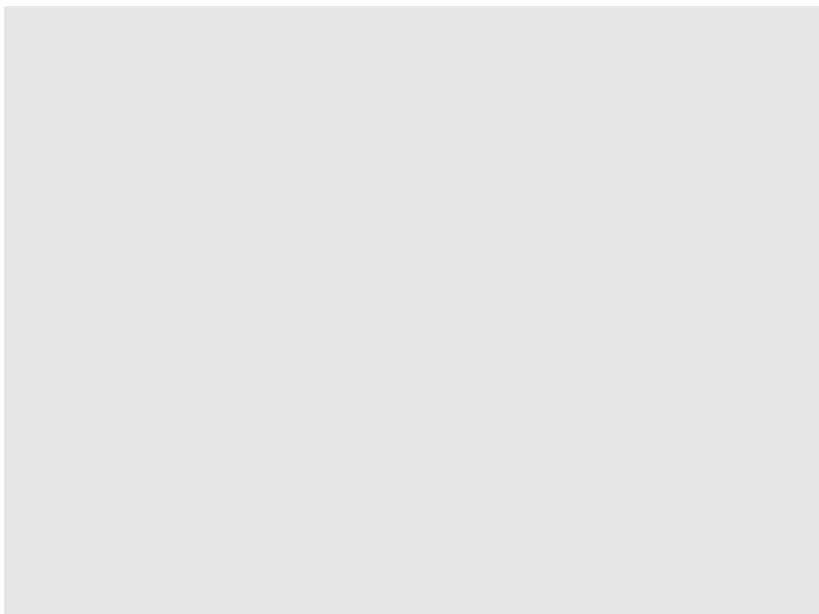


Hier steht eine Bildunterschrift.

sie ihren Kurs in der SPD auch gegen Kritik und Widerspruch durchgesetzt hat.

Bis zum Morgen des 3. Novembers schien das Ziel in Wiesbaden zum Greifen nahe. Alle Zeichen deuteten daraufhin, dass der amtierende Ministerpräsident Koch die Staatskanzlei räumen müsse. Die Landesparteitage der SPD und der Grünen hatten den ausgehandelten Koalitionsvertrag gebilligt und die Linke hatte die Wahl von Frau Ypsilanti zur Ministerpräsidentin zugesichert. Die Ablehnung des Koalitionsvertrages durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden Walter auf dem Landesparteitag der SPD in Fulda wurde als lästige Störung der fortschrittlichen Aufbruchstimmung durch einen übergangenen Ministerkandidaten abgetan. Seine Warnung vor dem Verlust von 10.000

Hier steht eine Bildunterschrift.



Arbeitsplätzen, die dieser Koalitionsvertrag kosten würde, löste auf dem Parteitag keine Debatte aus. In der Presse gab es Zweifel an seinem Abstimmungsverhalten, aber die Parteivorsitzende verbreitete das Bild der Geschlossenheit.

Klar war, die Darmstädter Abgeordneten Dagmar Metzger, die bereits im März die Bildung einer solchen Koalition verhindert hatte, würde sich erneut der Stimme bei ihrer Wahl enthalten. Dieses Verhalten sollte großzügig als Ausweis von sozialdemokratischer Toleranz und Liberalität hingenommen werden. Die Mehrheit für Frau Ypsilanti schien durch die Stimmen der Linken gesichert. Die Planspiele der Parteien wurden durchkreuzt von der individuellen Entscheidung der vier SPD-Abgeordneten, die am 3. November auf einer Pressekonferenz ihrer Parteivorsitzenden öffentlich die Gefolgschaft aufkündigten. Sie ließen das ideologische Projekt einer rot-grün-roten Mehrheit platzen. Der hessische Landtag entschied sich danach schnell für Neuwahlen, am 18. Januar 2009 wird in Hessen gewählt.

Reaktionen

Die SPD-Landesvorsitzenden hatten in Düsseldorf mit ihrem Votum für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der Linken auf Landesebene den hessischen Kurs nachträglich gebilligt. Damit hatten sie innerparteilich zugleich den Stab über die vier „Abweichler“ gebrochen. Das Parteiblatt der Linken „Neues Deutschland“ titelte: „Neokonservativer Putsch in der SPD“ und Ulrich Maurer, Beauftragter für den Westaufbau dieser Partei, sieht die Chance, die Linke zu stärken. Er betonte die Notwendigkeit nach diesem Ereignis, „dass wir uns noch mehr an wiederum enttäuschte SPD-Mitglieder und aktive Gewerkschafter wenden, denen soziale Gerechtigkeit etwas bedeutet.“

Der offene Bruch der Parteiloyalität der vier Abgeordneten, die sich dabei auf ihre Gewissensentscheidung beriefen, wurde vom parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Reinhard Kahl, als „Abgrund an Verrat“ gebrandmarkt. Er warf ihnen vor, sie hätten die „hessische SPD bewusst an den Abgrund geführt“. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung schrieb: „Wie groß der Hass im linken Spektrum auf die als ‚Saboteure‘ und ‚Abweichler‘ gebrandmarkten Abgeordneten ist, zeigt die Besetzung von Jürgen Walters Wahlkreisbüro in Friedberg.“ Etwa 20 Jugendliche besetzt

ten es als Ausdruck der „Wut“. Verräter verfallen der Feme.

Getreu diesem Motto aus finsternen Zeiten handelte die SPD-Fraktion im Landtag. Sie forderte die vier Abgeordneten auf, bis zum Ende der Legislaturperiode an keiner Sitzung mehr teilzunehmen. Die Fraktion berief sie aus den Ausschüssen ab, und ihre Plätze wurden neu vergeben. Da Parteiausschlüsse öffentlich beachtet werden und die vier Abgeordneten bekundeten, Sozialdemokraten bleiben zu wollen, setzte der Parteiapparat im ersten Schritt auf Stigmatisieren und Strafen, bis innerparteilich ein Klima entstehen würde, bei dem die Betroffenen von sich aus die Konsequenz zögen. In dem Interview der FAZ mit den vier Abweichlern kündigte sich dieser Schritt bei Walter bereits an. Auf die Frage wie er sich fühle, wenn er als „Verräter“ beschimpft wird, antwortete er: „Ich hatte noch die naive Vorstellung, dass man in der SPD noch ein Stück Respekt erhält, wenn man eine andere Meinung darlegt. Den Druck auf uns ausgehalten zu haben, darauf können wir stolz sein.“

Dagmar Metzger gab auf, sie bekannte in einer persönlichen Erklärung, die Anfeindungen der letzten Monate, hätten sie „an die Grenzen meiner gesundheitlichen Belastbarkeit“ geführt. Gegen Carmen Everts, Silke Tesch und Jürgen Walter eröffnete mittlerweile die SPD Parteiausschlussverfahren. Die Namen der vier Abgeordneten werden sich am 18. Januar 2009 auf keinen Stimmzettel der SPD mehr finden lassen.

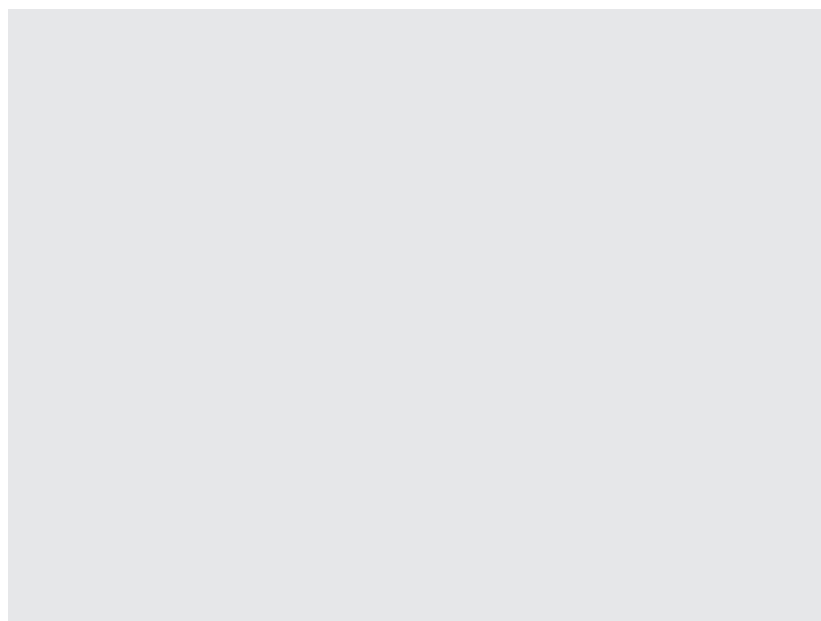
Politisch ist diese Abrechnung und Ausgrenzung „konsequent“, da die Partei an ihrer strategischen Option rot-roter Koalitionen festhält und keine öffentliche Debatte über ihr Verhältnis zur Partei Die Linke wünscht. Der Psychologe Wirth widersprach in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau diesem Gut-Böse-Schema, mit dem der SPD-Parteiapparat die vier Abgeordneten persönlich abqualifiziert, um sich nicht mit der inhaltlichen Begründung ihres Schrittes auseinandersetzen zu müssen. Auf die Frage, ob die Einbindung von Walter als Wirtschaftsminister ins Kabinett seine Verweigerung hätte verhindern können, antwortete Wirth, dies nicht getan zu haben, sei ein Indiz: „dass Ypsilanti mit Brachialgewalt an die Macht wollte, ohne auf die knappen Verhältnisse und die Widersacher zu achten.“ Bei der Parteivorsitzenden sieht er „Grandiositäts-Fanta-

sien“ am Werk, die sie „ausgelebt hat. Bei ihrem Wunsch, Koch abzulösen, hat sie die Differenzen in ihrer Partei übersehen. Mit so schwachen Kräften wie einer Stimme Mehrheit lässt sich die Welt nicht aus den Angeln heben.“

Der hessische Grünen-Chef Al-Wazir ordnet die Verantwortung für das Desaster der SPD direkt der Parteivorsitzenden zu: „In letzter Konsequenz ist sie als Parteivorsitzende dafür verantwortlich, dass sich eine Partei nicht dermaßen aufspaltet. Wenn es die Führung am Ende nicht schafft, die unterschiedlichen Flügel so einzu binden, dass die Mehrheitsfähigkeit gewährleistet bleibt, dann ist das ein Problem.“ Genau über dieses Problem aber schweigt die SPD, der Kurs liegt an: Weiter so!

Die Bedeutung der Kritik der vier „Abweichler“

Nach Auskunft der Demoskopien hat die „schweigende Mehrheit“ der Bundesbürger den Kurs von Ypsilanti abgelehnt. Um diese Bürger



Hier steht eine Bildunterschrift.

haben sich die Abgeordneten Everts, Metzger, Tesch und Walter verdient gemacht, als sie in Wiesbaden dieses ideologische Projekt mit ihrem Nein stoppten. Mit Blick auf das Wahljahr 2009 ist es deshalb notwendig, sich die Kritik der vier „Abweichler“ an der programmatischen Ausrichtung, dem Zustand ihrer Partei und der Einschätzung des Koalitionspartners genauer anzusehen. Mit der Debatte über ihre Motivation gehen die Medien leichtfertig über die Inhalte ihrer Kritik hinweg, obwohl sie Hinweise auf den Zustand der hessischen SPD enthalten, die diesen Links-Kurs erklären helfen. Es

ist eine alte Erfahrung, dass normalerweise das Innenleben auch demokratischer Parteien für Außenstehende nicht transparent ist. Öffentlich wird es nur bei innerparteilichen Konflikten.

Es waren vor allem drei Frauen, die Abgeordneten Dagmar Metzger, Carmen Everts und Silke Tesch, die den stellvertretenden Landesvorsitzenden Jürgen Walter überzeugten, spät, aber nicht zu spät, zu dieser Koalition öffentlich Nein zu sagen. Walter hatte auf dem Landesparteitag in Fulda seine Ablehnung des Koalitionsvertrages öffentlich begründet, er koste Arbeitsplätze und er benachteilige Nordhessen im Ausbau seiner Infrastruktur. Wirtschaftspolitisch ist Walters Kritik von ausschlaggebender

Bedeutung für den Kurs der SPD, sie bleibt auch gültig, da das Motto gilt: Weiter so!

Frau Everts sprach am 3. November über die Gründe, warum sie die Linkstolerierung der geplanten Koalition ablehne: „Die Linke ist in Teilen (eine) linksextreme Partei. Sie hat ein gespaltenes bis ablehnendes Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und ein problematisches Gesellschafts- und Geschichtsverständnis. Und ihr Ziel ist es, der Sozialdemokratie zu schaden. Ich war und bin zu tiefst zerrissen mit diesen schwerwiegenden Bedenken und meiner Loyalität zu meiner Fraktion und meiner Verbundenheit zur SPD.“

Die wurde aber um ihren rechten Flügel amputiert. Frau Metzger beschrieb dies mit dem Bild, dass nicht beide Flügel, „also auch der rechte“ in den letzten Jahren in der hessischen SPD mitgenommen wurden: „Man braucht aber beide Flügel, um abheben zu können“. Auch Frau Tesch verdeutlichte am 3. November überzeugend ihren inneren Kampf zwischen Zivilcourage und Parteiloyalität. Ihr Selbstzeugnis verdient es, festgehalten zu werden: „Das gebrochene Wahlversprechen und das Zusammengehen mit der Linken alleine wären schon Grund genug gewesen, diese Regierung so nicht mitzutragen und sich neben Dagmar Metzger zu stellen. Ich bedauere, dass ich nicht damals schon so mutig war.“ Im Gespräch mit der FAZ berichtete sie von Gesprächen ihres Mannes in ihrem Wahlkreis mit Arbeitern und Handwerkern, die ihm sagten, „dass die SPD nicht mehr die Sprache der Arbeitnehmer spreche.“

Zivilcourage

Nicht vergessen werden darf auch die soziale Komponente ihres Handelns, die alle vier Abgeordneten mit ihrem Schritt eingegangen sind, und das persönliche Risiko, das sie nun tragen müssen. Vor ihrer Entscheidung besprachen sie ihre Gewissensnöte mit dem früheren hessischen Landesvorsitzenden Gerhard Bökel, der sie auf die Risiken ihres Vorhabens nachdrücklich hinwies. Als sie sich entschieden hatten, in die Öffentlichkeit zu gehen, sorgte Bökel für Polizeischutz auf ihrer Pressekonferenz. Schon zu diesem Zeitpunkt war mit Störungen zu rechnen. Wie die Aktion gegen das Wahlkampfbüro von Jürgen Walter zeigte, war dieser Schritt nicht unbegründet. Die vier werden nun erfahren, was Zivilcourage in Deutschland zählt und was sie das individuell kosten wird. ●

Auszüge von Walters Parteitagsrede vom 1. 11. 2008

Es fing an im März, mit dem Umgang mit Dagmar Metzger, die doch nichts anderes getan hat, als dass sie nicht nach der Wahl etwas anderes tun wollte, was sie vor der Wahl versprochen hatte und es setzte sich fort auf dem Parteitag in Hanau, in dem Rednern der anderen Auffassung ja gerade zu niedergebuhrt wurden... Wir sind uns doch sicherlich darüber einig, dass der Respekt vor der Meinung des Anderen in keiner anderen Partei so tief verwurzelt ist wie in der deutschen Sozialdemokratie.

Es ist ja nicht so, dass es nur die konservativ-neoliberale Presse, die Unternehmerverbände sind, die sagen, wir haben da Sorge, was in diesem Koalitionsvertrag, in dieser Koalitionsvereinbarung steht. Es sind auch Arbeitnehmervertreter. Gestern der Vorsitzende der IG BCE, die Vertreter auch bei den Beschäftigten am Frankfurter Flughafen, deshalb macht es ja Sinn, es muss ja nicht alles Richtig sein, aber zumindest nicht über diese Bedenken hinweg zu klatschen, sondern sich das mal ein bisschen genauer zu betrachten.

Es ist vielleicht nicht mal das wichtigste Thema tatsächlicher Art, aber es ist das symbolhafteste Thema. Nämlich der Ausbau des Flughafens Kassel-Calden. Wir haben ein ergebnisoffenes Verfahren vereinbart, wenn aber nun der Fraktionsvorsitzende und zukünftige Minister Tarik Al-Wazir sagt, es ist ergebnisoffen, aber der Neubau der Bahn ist nicht darstellbar, dann zeigt das, wie ergebnisoffen dieses Verfahren ist.

Ganz andere Liga als der Flughafen Kassel-Calden, das ist nun mal der Ausbau des Frankfurter Flughafens. Mit dem fast religiös agierenden Flughafen- ausbaugegner Frank Kaufmann im Wirtschaftsministerium habe ich großes Verständnis dafür, warum die Beschäftigten am Frankfurter Flughafen vor dieser Koalitionsvereinbarung Angst haben.

Ich glaube, das in dieser Zeit eine neue Landesregierung, die ins Amt kommt, positive Signale setzen muss in diesem Bereich der Wirtschaft und Arbeit, weil wir haben ambitionierte Programme– und jetzt benutze ich auch mal Georg August Zinn und Holger Börner, [sie] wussten, dass man das Geld, was man für Sozialpolitik aufwenden will erst einmal verdienen muss. Die Umverteilung kommt dann. Mein ganz persönlicher Eindruck und das ist der Grund, warum ich heute nicht zustimmen werde, dass mit diesem Koalitionsvertrag nicht die Grundlage für die Schaffung neuer Arbeitsplätze gelegt wird, sondern dass (sie) mit diesem Koalitionsvertrag in unserem Land gefährdet werden.